

## Wachstumsbremse Ungleichheit

Michael Dauderstädt<sup>1</sup>

„Ungleichheit schafft Wachstum“ vermuten manche Ökonomen und Politiker. Denn ihrer Meinung nach resultieren Einkommensunterschiede aus dem unterschiedlichen Wert der Leistung. In diesen Werten spiegeln sich deren Nutzen oder die Knappheit wider. Die Unterschiede führen über Einkommensanreize dazu, dass mehr Leistung dort angeboten wird, wo sie den höchsten Nutzen hat. Diese Effizienzgewinne rechtfertigen angeblich die Ungleichheit. Gleichheit dagegen schade der Effizienz. Wer den Kuchen gleich verteilen wolle, lasse ihn schrumpfen. Die jüngste Entwicklung in Deutschland scheint dies zu bestätigen. Die Einkommensungleichheit hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Und seit 2005 haben wir den Aufschwung. War die steigende Ungleichheit der notwendige Preis dafür?

### Auf einen Blick

Die Ungleichheit in Deutschland hat zugenommen und ist hartnäckiger geworden. Die noch immer mächtige wohlfahrtsstaatliche Umverteilung verdeckt nur eine zunehmend tiefere Gesellschaftsspaltung. Diese Spaltung schadet dem Wachstum kurzfristig durch Konsumausfall und langfristig dadurch, dass eine unzumutbar große Schicht nicht mehr über die Fähigkeiten und Qualifikationen verfügt, die eine wachsende Wirtschaft benötigt.

### Wachstum durch Ungleichheit? Unbelegt und fragwürdig

Die Grundannahme der neo-klassischen Ökonomie, die auf einem Gleichgewichtsmodell mit rationalen, ihren Nutzen maximierenden Akteuren beruht, steht auf wackeligem Boden. Die experimentelle Ökonomie konnte schon länger zeigen, dass Menschen auf möglichen Nutzen verzichten, wenn die dabei implizierte Ungleichheit der Nutzenverteilung als ungerecht empfunden wird. Inzwischen liegen sogar Ergebnisse vor, die zeigen, dass die Position in

einer Verteilungshierarchie die Leistung unabhängig von den tatsächlichen Fähigkeiten beeinflusst und zwar so, dass die Benachteiligten auch tatsächlich geringere Leistungen erbringen.<sup>2</sup> Damit sind die traditionellen Wirkungsketten auf den Kopf oder vielmehr endlich auf die Füße gestellt.

Auch internationale Vergleiche zeigen, dass Länder mit höherer Ungleichheit keineswegs höheres Wachstum aufweisen. Weder schneiden innerhalb der entwickelten Länder die mit gut ausgebautem Wohlfahrtsstaat schlechter ab als die mit einem eher rudimentären Sozialstaat, noch haben sich weltweit die Länder mit ungleicher Einkommensverteilung schneller entwickelt (siehe Grafik).

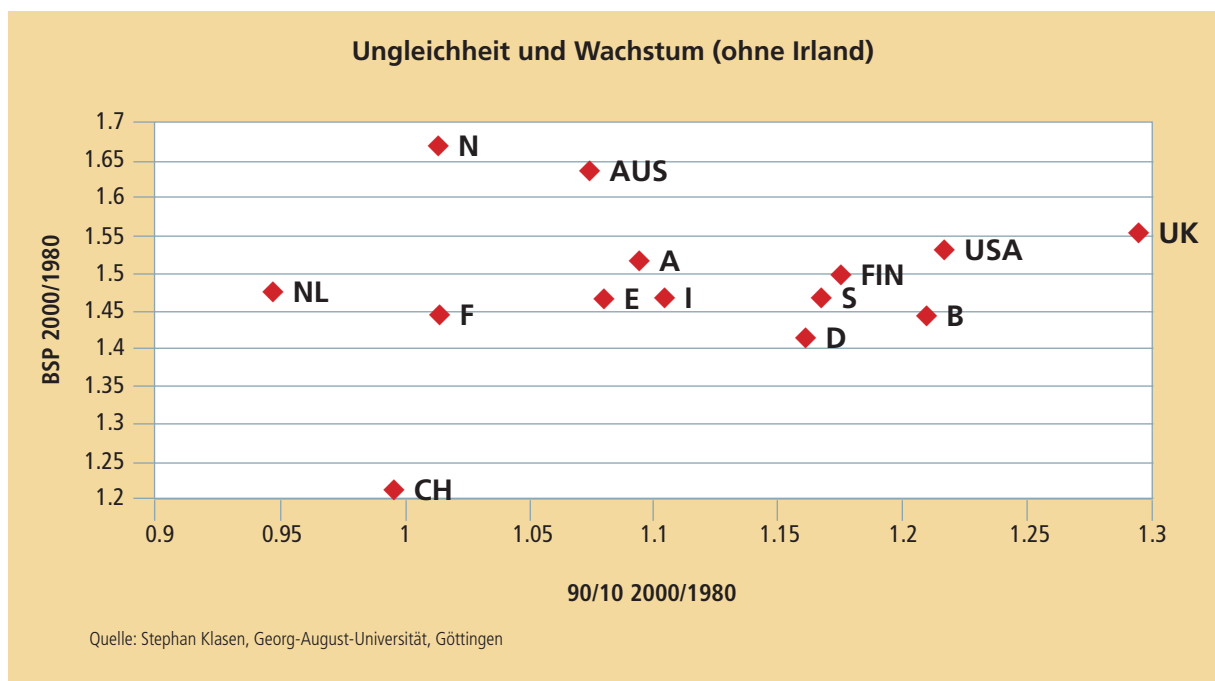
Gleichheit kann nämlich auch Wachstum fördern. Gleicher verteilte Einkommen stabilisieren die Nachfrage und damit die Beschäftigung. Denn ärmere Haushalte weisen eine höhere Konsumneigung auf und ihr Sparverhalten reagiert weniger auf die Schwankungen von Vermögenspreisen wie etwa Aktienkurse. Die hohe Nachfrage erlaubt Skalenerträge und regt außerdem die Investitionstätigkeit an, womit die Produktivität steigt. Relativ höhere Einkommen der Armen erlauben auch ihnen Zugang zu Bildung und Gesundheitsvorsorge, womit ihre Produktivität ebenfalls zunimmt. Schließlich neigen Gesellschaften mit geringer Ungleichheit auch weniger zu sozialen Konflikten, die das Wachstum bremsen können.

## Deutschland: weder gerecht noch produktiv

Deutschland ist ungleicher geworden, wie der jüngste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt. Der Gini-Koeffizient (ein klassisches Verteilungsmaß) stieg von etwa 0,27 1998 auf 0,31 2006. Die Armutsrisikoquote stieg von 12% im Jahr 1998 auf 18% im Jahr 2005.<sup>3</sup> Während der Anteil der Reichen und der Armen an der Bevölkerung wuchs, schrumpfte die Mittelschicht. Die Ungleichheit wurde auch hartnäckiger, weil immer weniger Menschen der soziale Aufstieg gelingt.<sup>4</sup> Der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt ging weiter zurück und die Lohnspreizung nahm zu.<sup>5</sup> Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist inzwischen fast so groß wie in den USA.<sup>6</sup> Noch schlimmer sieht es bei der Vermögensverteilung aus. Den reichsten 10% gehören über die Hälfte des gesamten Vermögens, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung fast gar kein Vermögen besitzt.

Was steckt hinter der wachsenden Ungleichheit? Technologischer Fortschritt, Globalisierung, schwächere Gewerkschaften, die Deregulierung des Arbeitsmarktes und ein sparsamerer Sozialstaat haben die Marktmacht vor allem der gering qualifizierten Arbeitnehmer/innen geschwächt. Gleichzeitig hat die Zahl von armen Einpersonenhaushalten zugenommen.

Hat diese schlechtere Verteilung der Einkommen wenigstens das Wachstum angekurbelt?



Theoretisch wäre das über zwei Kanäle möglich gewesen: 1) durch eine Erhöhung der Produktivität und/oder 2) durch mehr Beschäftigung. Die erste Option kann man getrost vergessen, denn das Produktivitätswachstum ging in Deutschland in den letzten Jahren eher zurück. Für die zweite spricht sicher, dass die Arbeitslosigkeit gesunken ist. Dahinter verbirgt sich aber vor allem das Exportwachstum, das neben der expandierenden Weltwirtschaft auch den sinkenden Lohnkosten in Deutschland geschuldet ist. Die gleichen niedrigen Löhne waren aber dafür verantwortlich, dass der Binnenkonsum stagnierte, wodurch das Beschäftigungswachstum weit hinter seinen Möglichkeiten zurückblieb. Denn in diesem Aufschwung stiegen bisher – was sehr ungewöhnlich ist – weder die Reallöhne noch die verfügbaren Haushaltseinkommen.

### Feigenblatt Umverteilung

Die Verteidiger der Verteilungsgewinner (z.B. das Institut der deutschen Wirtschaft) weisen gern darauf hin, dass sich in Deutschland zwar die Verteilung der Markteinkommen verschlechtert habe, aber der umverteilende Sozialstaat prächtig funktioniere und Armut verhindere. Dieses Lob der Umverteilung kommt überraschend aus Kreisen, die jahrelang den aufgeblähten Wohlfahrtsstaat für Deutschlands Wachstumsschwäche verantwortlich gemacht haben. Aber in der Tat blieb nach Umverteilung das Verhältnis der verfügbaren Haushaltseinkommen des zweitreichsten Einkommenszehntels zum zweitärmsten zwischen 1993 und 2003 praktisch gleich bei 2,7, obwohl sich das entsprechende Verhältnis der Markteinkommen von 1:19 auf 1:28 verschlechterte.<sup>7</sup>

Was verbirgt sich hinter diesem auf den ersten Blick verblüffenden Ergebnis? Nicht eine massiv angestiegene Belastung der Reichen, wie man vermuten könnte. Tatsächlich muss die Belastungsquote des wohlhabenden Einkommenszehntels kaum steigen, um trotz dramatisch zunehmender Ungleichheit der Primäreinkommen zur gleichen Sekundäreinkommensverteilung zu kommen. Nimmt ein besser verdienender Haushalt 100.000 € ein und ein armer Haushalt nur 5.000 €, so genügt es, ca. 22% des Topeinkommens umzuverteilen, um eine Verteilung der verfügbaren Einkommen von 1:3 zu erreichen. Diese Quote von etwa 22% würde aber auch ausreichen, wenn – ohne Veränderung des Einkommens des ärmeren Haushalts – das höhere Ein-

kommen auf 200.000 € oder 500.000 € steigen würde. Das Steuer- und Abgabensystem mit einer Belastungsquote von 22% bis maximal 25% gewährleistet unabhängig von der Ausgangsverteilung eine Zielverteilung von 1:3.

Dieses automatische Verteilungsergebnis ist sicher besser als keine oder eine schwächere Umverteilung, aber seine Wachstums- und Wohlstandseffekte sind bei näherem Hinsehen enttäuschend. Die Masse der Umverteilung in Deutschland spielt sich nämlich außerhalb der Spitzeneinkommen im Zuge der Renten- und Arbeitslosenversicherung ab. Deren Empfängerhaushalte verfügen nur über winzige Markteinkommen, am ehesten noch über selbst genutztes Wohneigentum. Aber auch die Beitragszahler weisen weder besonders hohe Einkommen noch extreme Sparquoten auf. Die Umverteilung erhöht also kaum die effektive Binnennachfrage, an deren Schwäche die deutsche Wirtschaft krankt. Umgekehrt macht allerdings die gern von Unternehmensseite vorgebrachte Forderung auch keinen Sinn, man müsse nicht die Löhne erhöhen, sondern die Abgaben senken, um die Kaufkraft zu stärken. Denn ohne die Abgaben in dieser Höhe würden die Transfereinkommen und die Nachfrage der darauf angewiesenen Haushalte sinken.

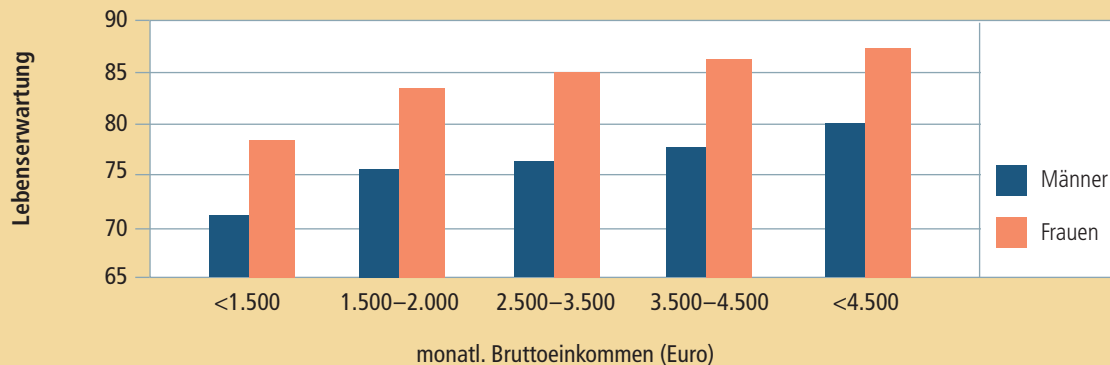
Schlimmer noch: Nicht nur sind es vor allem die Lohneinkommensbezieher, die dank ihrer noch vorhandenen – wenn auch oft geringen – Markteinkommen die Haushalte ohne Markteinkommen alimentieren. Sondern die ärmeren dieser Haushalte schneiden beim Rentensystem auch noch relativ schlechter ab als die reicheren. Denn die Lebenserwartung und damit die Rentenbezugsdauer steigt mit dem Einkommen. Damit zählen die kurzlebigeren Armen zu den Verlierern und die langlebigeren Reichen zu den Gewinnern des Systems.

### Unproduktive Umverteilung bei Bildung und Gesundheit

Wenigstens in zwei großen Bereichen sollte man doch hoffen, dass die im Sozialstaatsgebot angelegte Umverteilung funktioniert: im Gesundheitssystem und bei der Versorgung mit steuerfinanzierten öffentlichen Gütern (Bildung, Sicherheit). Schließlich sind die Krankenkassenbeiträge der ärmeren Versicherten niedriger, die Behandlungskosten aber im Durchschnitt gleich, wenn nicht gar höher, da sie sich das gesündere

### Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenserwartung für alle Erwerbstätigen in Deutschland

Je mehr man verdient, desto länger kann man Rente beziehen.



Quelle: Lauterbach, K., et al.: „Zum Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenserwartung“. Studien zu Gesundheit, Medizin und Gesellschaft 01/2006

Leben wie die reicheren Versicherten kaum leisten können. Und das Steuersystem ist sogar von der Einnahmenseite her progressiv, wenn auch über die Jahrzehnte dank kontinuierlicher Entlastung der Unternehmen, der Senkung der Spitzensteuersätze und ständig steigender Steuern auf Mehrwert und Energie immer weniger.

Leider sind die Ergebnisse weniger ermutigend. Tatsächlich haben sich viele besser Verdienende ins System der privaten Krankenversicherung abgesetzt, wo sie sich nicht an den Risiken der Versorgung der durchschnittlich kränkeren ärmeren Versicherten beteiligen müssen. Außerdem belegen sie mit ihrer zahlungskräftigen Nachfrage die knappen Ressourcen an medizinischen Spitzenangeboten. Im Endeffekt sind dann die Lebenserwartungen nicht nur weiterhin abhängig vom Einkommen, sondern auch vom Typ der Krankenversicherung (siehe Grafik).

Ähnlich schlimm sieht es im Bildungssystem aus, dem es offensichtlich nicht gelingt, die Schichtabhängigkeit des Bildungserfolges zu verringern. Das deutsche Schulsystem entlässt zu viele Jugendliche ohne Abschluss, selektiert zu früh und diskriminiert im Ergebnis Schüler/innen mit Migrationshintergrund. Die Weichen für den Verbleib in der Unterschicht werden aber früher gestellt. Zwar erhalten alle Familien Kindergeld und die reicheren noch mehr über den Kinderfreibetrag, aber im Ergebnis führt das offensichtlich nicht zu mehr sozialer Mobilität.

Ein solches System ist nicht nur unsozial, es ist auch ineffizient. Angebotsseitig gibt es ohne gesunde und qualifizierte Arbeitskräfte kein Wachstum. Nachfrageseitig werden ohne stabile Massenkauflkraft Investitionen und Beschäftigung schwächeln. Exportüberschüsse können dauerhaft keine mit der Produktivität wachsende Binnennachfrage ersetzen.

- 1 Dr. Michael Dauderstädt ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Dieser Aufsatz stützt sich auf die Beiträge zur Veranstaltung „Zunehmende Einkommens- und Vermögensunterschiede: Der Preis für mehr Effizienz und Wohlstand?“ in Berlin am 19.6.2008.
- 2 Vgl.: „From he that hath not. Cognitive disenchantment“ In: The Economist Vol. 38, 2008, S.94f.
- 3 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Dritter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2008, S. 294, Tabelle A1. [http://www.bmas.de/coremedia/generator/26742/dritter\\_armuts\\_und\\_reichtumsbericht.html](http://www.bmas.de/coremedia/generator/26742/dritter_armuts_und_reichtumsbericht.html) (Zugriff: 11.7.2008)
- 4 Markus Grabka, Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland, Berlin 2008. <http://www.fes.de/wiso/pdf/verbraucher/2008/190608/grabka.pdf> (Zugriff: 11.7.2008)
- 5 Ronald Schettkat, Lohnspreizung: Mythen und Fakten. Eine Literaturübersicht zu Ausmaß und ökonomischen Wirkungen von Lohnungleichheit, Düsseldorf, Hans-Böckler-Stiftung, 2006. [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_ edition\\_hbs\\_183.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_ edition_hbs_183.pdf) (Zugriff: 11.7.2008)
- 6 Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf, Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen, Aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Institut Arbeit und Qualifikation 2008-01. <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2008/report2008-01.pdf> (Zugriff: 11.7.2008)
- 7 Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft, Der Sozialstaat funktioniert, Anlage zur Pressemitteilung Nr. 23/2008